

Pressemitteilung:

Magdeburg, 03.Mai. 2021

**Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Klimaschutz:
Eine Ohrfeige für Umweltministerin und Landesregierung!**

Waldbesitzerverband fordert von künftiger Landesregierung rechtmäßiges und verfassungstreues Verhalten

Wie verwerflich die Grünen in ihrer Regierungsverantwortung für Sachsen-Anhalt handeln, offenbart die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum geltenden Klimaschutzgesetz: Der Klimaschutz hat damit eine noch wesentlichere, verfassungsrechtliche Dimension. Da der Klimawandel die Freiheit und das Eigentum zukünftiger Generationen gefährdet – genau das hat Karlsruhe festgestellt – muss bereits heute mehr getan werden, um unser Klima zu schützen. Unsere Landesregierung hat in Sachsen-Anhalt trotz der Waldschäden genau das Gegenteil vollbracht. Dies trotz der altbekannten Pflicht nach § 41 des Bundeswaldgesetzes.

Wald ist die CO₂-Senke Nr. 1 in Deutschland. Sachsen-Anhalt hat die schlimmsten Waldschäden in Deutschland. In Ansehung dessen hat unsere Regierung von 2016 bis 2019 **in der Summe 24,5 Mio. Euro Forsthilfen vorenthalten bzw. umgeschichtet** (s. Anlage) – Dies geschah in Ansehung der schwersten Katastrophe für den deutschen Wald seit über 200 Jahren. Über 50.000 Hektar Wald in Sachsen-Anhalt dürften wieder aufzuforsten sein. Ihr Fehlen setzt in Sachsen-Anhalt 400.000 Tonnen CO₂ mehr frei als nötig. Unsere Landesregierung vernachlässigt trotzdem die Wiederbewaldung. Unsere „Grünen“ Ministerin vernachlässigt damit „die“ CO₂ - Senke im Klimawandel. Andere schauen diesem sträflichen Treiben duldsam zu. Das **Versagen unserer Landesregierung, in Ansehung der Schäden und des höchstrichterlichen Urteils ist eine einzige Bankrotterklärung!**

Wir haben diese **Bankrotterklärung zum Gegenstand einer Petition** noch vor der Landtagswahl gemacht. **Alle Partei im Landtag müssen sich nun dem Versagen unserer Regierung und besonders der Grünen und Ihrer Ministerin im Endspurt des Wahlkampfes stellen.** Niemand und schon gar nicht die Grünen, können nun behaupten, sie hätten sich in Ansehung des Klimawandels korrekt verhalten. Die Petition finden Sie auf unserer Website.

Wald der CO₂ senken soll, muss gepflegt und bewirtschaftet werden. **Prof. Schellnhuber**, ehemals Chef des Potsdamer Institutes für Klimafolgenforschung (PIK), betonte Anfang des Jahres, dass ein wesentlicher Schlüssel für die Bewältigung des Klimawandels eine stärkere Nutzung des heimischen Rohstoffes Holz ist. Nur diese führt zur Ersetzung der klimatreibenden Baustoffe Beton und Stahl durch nachwachsende Rohstoffe, also Holz. Die privaten Waldbesitzer und Kommunen, stellen ihre Wälder seit mehr als dreißig Jahren auf mehr Laubholz und Ökologie um. Waldumbau findet schon seit langem statt. Nun behindern diesen die Grünen in der Landesregierung! **„Wir fordern unsere Mitglieder dringend auf,**

wählen zu gehen. Der Grüne Schwindel nimmt sonst überhand.“, so der Vorsitzende.

Der Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt fordert konkret Folgendes für die kommenden Wahlen:

- eine hinreichende und verlässliche Förderung in Gemäßheit des § 41 BWaldG für die hiesige Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt, nur mit motivierten Eigentümern lassen sich die Leistungen der Wälder erhalten!
- Eine ressortübergreifende Task-Force die sich der Wiederbewaldung Sachsen-Anhalts annimmt!
- Die Klimaschutzleistungen des Waldes müssen endlich honoriert werden. Der Beitrag nachhaltig bewirtschafteter Wälder ist aus Mitteln des Energie- und Klimafonds (EKF), zu vergüten!
- Die weiteren Ökosystemleistungen der Wälder müssen in Wert gesetzt Werden, um so die Ansprüche von Gesellschaft und Waldbesitzern zusammenführen!
- Ökologie ist, als eine der drei Säulen der Nachhaltigkeit, ganzheitlich zu betrachten. Deshalb müssen Nutzungsbeschränkungen ab jetzt stärker mit umfassenden Folgenabschätzungen begleitet werden, um Zielkonflikte z.B. zum Umweltschutz sichtbar zu machen! (Bessere CO₂-Bindung oder Stilllegung als Beispiel)
- Holzverwendung fördern! Vorfahrt für das Bauen mit Holz bei öffentlichen und privaten Bauvorhaben, um dauerhaft CO₂ zu binden!
- Europa im Dialog gestalten: Ausgewogene Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem, bei Integration aller Ökosystemleistungen unserer Wälder. Dabei sind Europäische Vorgaben subsidiär, um den regionalen Standortanforderungen von Wald und Mensch gerecht zu werden!
- Kleinprivatwald stärken – Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse fördern und professionalisieren. Wir wollen eine breite Streuung von Eigentum und eine größtmögliche Beteiligung der regionalen Bevölkerung beim Walderhalt!
- Ernsthafte Beteiligung der Eigentümer und Forstverbände bei Wald und Klimaschutzvorhaben der Landesregierung, sowie Fortentwicklung von Vertragsnaturschutz!
- Waldwirtschaft 4.0 – d.h. Digitalisierung im ländlichen Raum durch Ausbau einer flächendeckenden, leistungsfähigen, digitalen Infrastruktur ebendort!

Wir wollen eigenverantwortliche Mitwirkung der betroffenen und verantwortlichen Menschen im ländlichen Raum, statt illiberaler staatlicher Bevormundung. Bevormundung sowie wirtschaftliche oder soziale Ignoranz schaden nicht nur der Solidarität und dem Miteinander, sondern auch der Klimawandelbewältigung und damit dem Umwelt- und Naturschutz. **„Wir wollen keinen Obrigkeitsstaat. Den hatten wir schon, mit allen bekannt negativen Folgen für Natur und Umwelt!“** fasst Vorsitzender Franz Prinz zu Salm-Salm zusammen.



Waldbesitzerverband
Sachsen-Anhalt

Waldbesitzerverband für Sachsen – Anhalt e.V.



Der Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt vertritt die berufsständischen, rechtlichen und forstpolitischen Interessen der privaten, kommunalen und kirchlichen Waldbesitzer in Sachsen-Anhalt gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, politischen Parteien, Behörden, der Wirtschaft, der Medien und der gesamten Öffentlichkeit. Vorsitzender ist seit 2009 Franz Prinz zu Salm-Salm. Der Verband ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW). Er gliedert sich in drei Regionalgruppen: Altmark, Anhalt, Harz und Burgenland.